

Auswirkungen von EU-Erweiterungen auf das Land Niedersachsen

Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten ist seit dem Gipfel von Kopenhagen im Jahr 1993 beschlossene Sache. Hürden auf dem Weg zu diesem ehrgeizigen Ziel sind sowohl der derzeitige institutionelle Zustand der EU als auch die innere Entwicklung in den beitragswilligen Ländern. Die eigentlichen Beitrittsverhandlungen begannen 1997, als in Luxemburg die Aufnahmegesuche von zunächst zehn Kandidaten entgegengenommen wurden. 1998 wurden im Rahmen einer „Europa-Konferenz“ die Verhandlungen mit sechs dieser zehn aufgenommen: Estland, Polen, Tschechische Republik, Slowenien, Ungarn und Zypern. Allerdings wurde 2001 festgelegt, den erwähnten sechs Ländern keine Vorrangstellung mehr zuzubilligen sondern aus den mittlerweile dreizehn Kandidaten¹⁾ nur die am besten vorbereiteten aufzunehmen. Es handelt sich dabei um die Länder Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und Zypern. Die Konferenz von Göteborg legte fest: „Die Bewerberländer werden weiterhin nur nach ihren jeweiligen Leistungen beurteilt. Es gilt der Grundsatz der Differenzierung. Dies ermöglicht den besser vorbereiteten Ländern, in den Verhandlungen rascher voranzukommen...“. Wesentliche Kriterien für die Aufnahme sind die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Länder sowie die Beachtung rechtsstaatlicher und demokratischer Grundsätze.

Auch wenn bei den Verhandlungen mittlerweile große Fortschritte erzielt worden sind, gibt es in der Bevölkerung noch erhebliche Bedenken. Eine immer wieder formulierte Sorge ist die um die zukünftige Arbeitsmarktsituation angesichts deutlich niedrigerer Lohnstandards in Osteuropa einerseits, der Freizügigkeit innerhalb der EU andererseits. Kurz gesagt: Es wird eine Überschwemmung des deutschen Arbeitsmarktes mit Billiglohnarbeitern befürchtet.

Auf der anderen Seite wird erwartet, dass die deutsche Exportwirtschaft davon profitiert, dass der einheitliche europäische Binnenmarkt größer wird, weil sich neue Absatzchancen durch den Wegfall von Grenzformalitäten, einheitliche Wechselkurse und eine wachsende Massenkaufkraft in den Beitrittsländern u.ä. ergeben. Gerade in einem so stark auf den Export angewiesenen Land wie Niedersachsen ist dies von erheblicher Bedeutung.

Sind diese Ängste und Hoffnungen begründet oder unbegründet? Man kann zwar nicht immer die Zukunft

¹⁾ Es handelt sich um Bulgarien, Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und seit 1999 auch die Türkei.

voraussagen, aber man kann untersuchen, was in ähnlichen Situationen in früheren Jahren geschehen ist. Im folgenden soll daher mit einem Blick in die Vergangenheit versucht werden, ein wenig Orientierung zu schaffen. Was ist bei früheren Erweiterungen der EU, bei denen „strukturschwache Länder“ aufgenommen worden sind, geschehen? In dieser Untersuchung wird daher den Erfahrungen mit den Beitritten der Republik Irland, Griechenlands, Portugals und Spaniens auf Grundlage der statistischen Fakten nachgegangen. Das ist schon daher interessant, weil die Bevölkerungssumme²⁾ dieser vier Länder und die der sechs Kandidaten, die zuerst im Gespräch waren (und nach wie vor die besten Karten für den Beitritt zu haben scheinen), nahezu identisch ist: 63 631 000 und 63 100 000.

Wie hat sich also der Beitritt von Irland (1973), Griechenland (1981), Portugal (1986) und Spanien (1986) auf

- die Wirtschaft der Länder,
- die Zuwanderung nach Niedersachsen,
- die Außenhandelsbeziehungen ausgewirkt?

Bruttoinlandsprodukt (BIP)³⁾

Die Migrationsforschung unterscheidet „Push“- und „Pull“-Faktoren. „Push“-Faktoren sind z.B. Armut, Krieg und politische, religiöse oder rassistische Verfolgung in den Herkunftsländern. Die Menschen werden aus diesen Ländern „gepusht“, hinausgetrieben. „Pull“-Faktoren sind z.B. günstige Lebensbedingungen, Wohlstand und Arbeitsmöglichkeiten in den Zielländern der Wanderungen. Ein wichtiger Anreiz zur Migration liegt daher in einer unterschiedlichen Wirtschaftskraft der Länder und daraus resultierend unterschiedlichen Wohlstandsniveaus. Gleicht sich die Wirtschaftskraft – und damit letztendlich das Wohlstandsniveau – aus, sinken die Anreize für die Migration.

Die Untersuchung der Wirtschaftskraft Irlands, Griechenlands, Portugals und Spaniens stützt sich in diesem Fall auf den Indikator: BIP je Einwohner zu Preisen und Wechselkursen von 1990 in Euro⁴⁾. Auch wenn Niedersachsen

²⁾ Die Summen beziehen sich bei den „Alt-Ländern“ auf den 01.01.1999, bei den Beitrittskandidaten auf den Jahresdurchschnitt.

³⁾ Vgl. Eurostat (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG. Aggregate 1970 bis 1997, Brüssel 1999, S.69.

⁴⁾ Dieser auf den ersten Blick recht komplizierte Indikator bietet den Vorteil, die Wirtschaftskraft ohne eine Verfälschung durch Inflation darzustellen und darüber hinaus aufgrund des Personenbezuges leichter vergleichbar zu sein. Mittlerweile liegen zwar bereits Zahlen vor, die sich an den Preisen und Wechselkursen von 1995 orientieren, doch ermöglichen diese nicht die Erstellung ausreichend langer Zeitreihen, so dass die des Jahres 1990 als Anknüpfungspunkt gewählt werden.

im Mittelpunkt der Betrachtung steht, wird beim Vergleich doch der deutsche Wert zu Grunde gelegt, da sich für Niedersachsen infolge der Pendlerbeziehungen seiner Erwerbstätigen zu Bremen und Hamburg ein verzerrtes Bild ergeben würde.

Tabelle 1 und Grafik 1 zeigen, dass das BIP im Zeitraum von 1970 bis 1997 real deutlich angestiegen ist. Ein starker Anstieg ist jeweils kurz vor dem Beitritt zur Eurozone festzustellen, was wahrscheinlich daran liegt, dass – ebenso wie heute – gewisse Konvergenzkriterien zu erfüllen waren und die Beitrittsländer daher besondere Anstrengungen unternommen haben. Obwohl die Kurven Portugals, Griechenlands und Spaniens im Prinzip unspektakulär verlaufen, stecken doch gewaltige Steigerungsraten dahinter: Portugal kann von 1986 bis 1997 eine Steigerung von ca. 37,7 % verbuchen, bei Spanien sind es im selben Zeitraum 26,8 % und im Fall des schon 1981 beigetretenen Griechenland sind knapp 21,6 % zu verzeichnen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Republik Irland verlief noch um einiges rasanter: Von 1970, d.h. kurz vor dem EU-Beitritt von 1973, bis 1997 205,6 %. Dieser im Vergleich zu den übrigen drei Beitrittsländern extreme Zuwachs ist vor allem darin begründet, dass die Republik Irland erst mit dem EU-Beitritt aus ihrer Abgeschlossenheit im äußersten Nordwesten Europas heraus-

getreten ist, während die anderen drei bereits vorher rege Beziehungen zu den Ländern der Europäischen Union hatten.

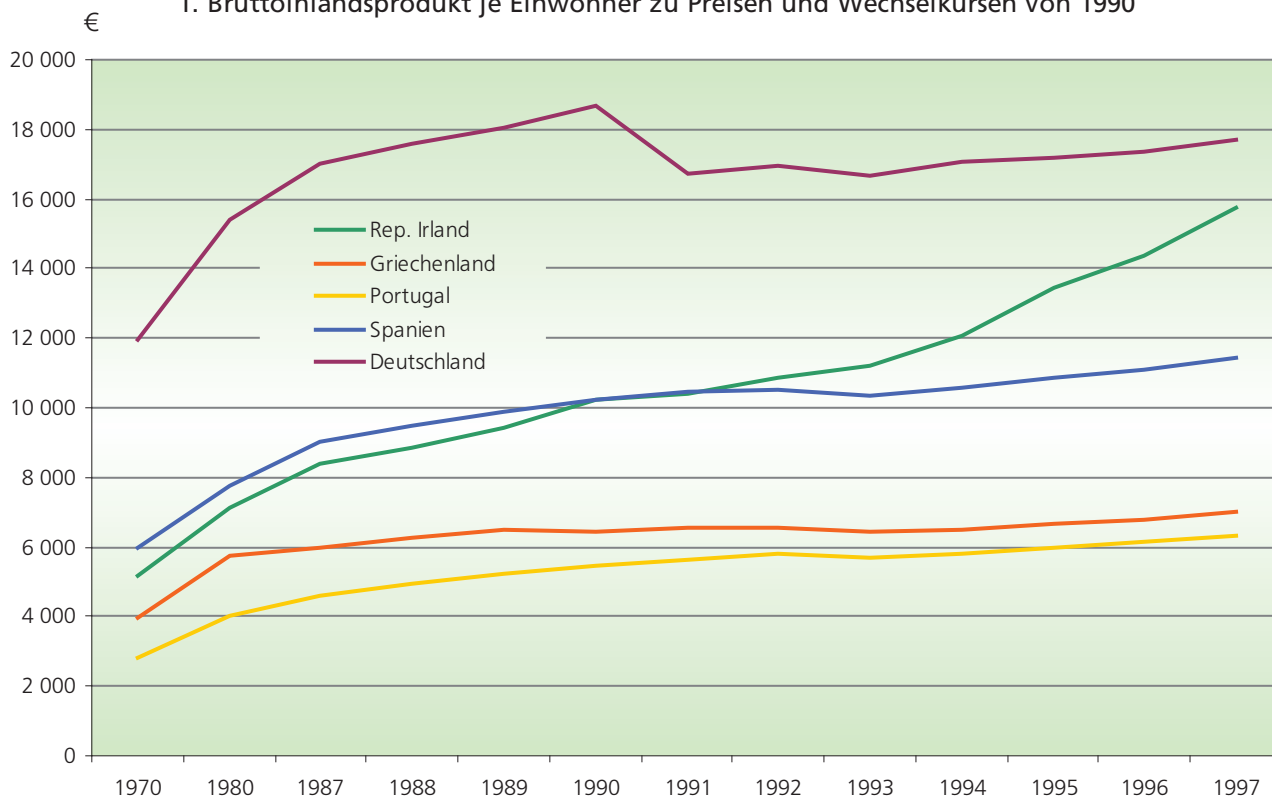
1. Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu Preisen und Wechselkursen von 1999 in Euro

Jahr	Irland	Griechenland	Portugal	Spanien	Deutschland **
1970	5 154	3 982	2 807	6 004	11 935
1980	7 100	5 752	4 032	7 744	15 375
1987	8 379	6 005	4 608	9 027	17 037
1988	8 847	6 259	4 966	9 477	17 564
1989	9 418	6 466	5 237	9 904	18 021
1990	10 226	6 422	5 488	10 251	18 690
1991	10 427	6 564	5 632	10 465	16 735
1992	10 852	6 563	5 776	10 513	16 973
1993	11 208	6 420	5 704	10 370	16 652
1994	12 088	6 522	5 819	10 584	17 053
1995	13 471	6 641	5 956	10 856	17 210
1996	14 374	6 784	6 128	11 085	17 381
1997	15 749	6 992	6 344	11 447	17 729

** Ab 1991 einschließlich der neuen Bundesländer.

Quelle: Eurostat (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG. Aggregate 1970 bis 1997, Brüssel 1999, S.69.

1. Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu Preisen und Wechselkursen von 1990



Infobox

Republik Irland

Hauptstadt: Dublin

Fläche: 69 000 km²

Einwohner (1999): 3,735 Mio. (= 55 E. je km²)

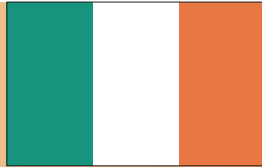
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu Preisen und Wechselkursen von 1995 (2000): 21 352 €

Arbeitslosenquote (1999): 5,6 %

EU-Mitglied seit: 01.01.1973

Jüngste Geschichte:

- 1921 Autonomie Irlands nach Unabhängigkeitskrieg gegen Großbritannien
- 1949 formelle Proklamation der Republik Irland, was verschärfte Spannungen in Nordirland zur Folge hat; Austritt aus dem Commonwealth
- seit 1950 Bombenterror der IRA in Nordirland mit indirekter Unterstützung durch die diversen irischen Kabinette
- 1955 UNO-Mitgliedschaft
- 1985 Anglo-Irish Agreement, welches der Republik ein konsultatives Mitspracherecht in Nordirland-Fragen einräumt und die britische Oberhoheit bestätigt
- 1993 Downing Street Declaration des britischen und irischen Premierministers als Beginn des Friedensprozesses in Nordirland, der seinen vorläufigen Abschluss im Good Friday Agreement (1998) gefunden hat



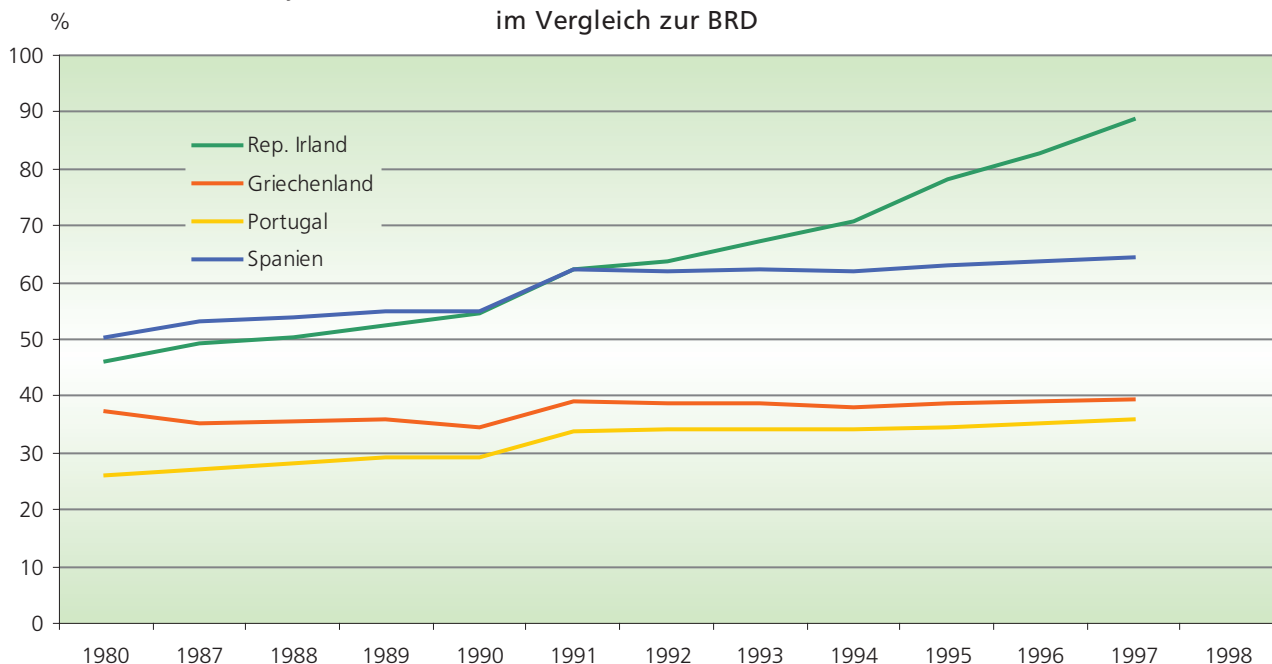
Wenn man den jeweiligen deutschen Wert des „BIP je Einwohner“ als 100 setzt und die Werte der vier Staaten jeweils in Prozent des Deutschland-Wertes misst, kann man unmittelbar ablesen, wie weit der Aufholprozess der vier seinerzeit strukturschwachen Länder gediehen und wie hoch sein Tempo ist. Betrachtet man also die zeitliche Entwicklung der Wirtschaftskraft der vier Staaten im Vergleich zu Deutschland (Tabelle 2 und Grafik 2), sieht das Bild folgendermaßen aus: Irland konnte sein Niveau von 43,2 % des Deutschlandwertes kurz vor dem Beitritt auf 43,2 % des Deutschlandwertes kurz vor dem Beitritt auf

2. Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu Preisen und Wechselkursen von 1990 in Prozent des Deutschland-Wertes

Jahr	Irland	Griechenland	Portugal	Spanien	Deutschland **
1970	43,2	33,4	23,5	50,3	11 935
1980	46,2	37,4	26,2	50,4	15 375
1987	49,2	35,2	27,0	53,0	17 037
1988	50,4	35,6	28,3	54,0	17 564
1989	52,3	35,9	29,1	55,0	18 021
1990	54,7	34,4	29,4	54,8	18 690
1991	62,3	39,2	33,7	62,5	16 735
1992	63,9	38,7	34,0	61,9	16 973
1993	67,3	38,6	34,3	62,3	16 652
1994	70,9	38,2	34,1	62,1	17 053
1995	78,3	38,6	34,6	63,1	17 210
1996	82,7	39,0	35,3	63,8	17 381
1997	88,8	39,4	35,8	64,6	17 729

** Ab 1991 einschließlich der neuen Bundesländer; Nachweisung in Euro.

2. BIP je Einwohner zu Preisen und Wechselkursen von 1990 in Euro im Vergleich zur BRD



88,8 % im Jahr 1997 schrauben, Portugal und Spanien legten zwischen 1986 und 1997 von 27 % auf 35,8 % bzw. von 53 % auf 64,6 % zu sowie Griechenland von 37,4 auf 39,4 %. Allerdings ist diese Entwicklung leicht überzeichnet. Im Zuge des Beitritts der Länder der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik ergab sich für Deutschland ein Rückgang des BIP pro Kopf um 10,5 % von 1990 auf 1991 und einem nur langsamen Wiederanstieg des Indikators in der Folgezeit. Trotzdem: Was bleibt, ist eine deutliche Steigerung der Wirtschaftskraft in Irland, Griechenland, Portugal und Spanien seit dem Beginn ihrer Mitgliedschaft in der EU sowie eine klare Verringerung des Abstandes, den diese Länder zu Deutschland hatten. Für die Migration bedeutet dies: „Push“- und „Pull“-Faktoren wurden geringer, weil das Wohlstandsgefälle abnahm.

Außenhandel

Wie hat sich der Beitritt dieser vier Länder auf Niedersachsens Exportwirtschaft ausgewirkt? Die Datengrundlage bildet hierbei die Ein- und Ausfuhrstatistik Niedersachsens von 1970 bzw. 1960 bis 2000 ⁵⁾.

⁵⁾ Vgl. Niedersächsisches Landesamt für Statistik (Hrsg.), Einfuhr (G III 3 - j); Hannover 1970 bis 2001, sowie Niedersächsisches Landesamt für Statistik (Hrsg.): Ausfuhr (G III 1 - j), Hannover 1960 bis 2001.

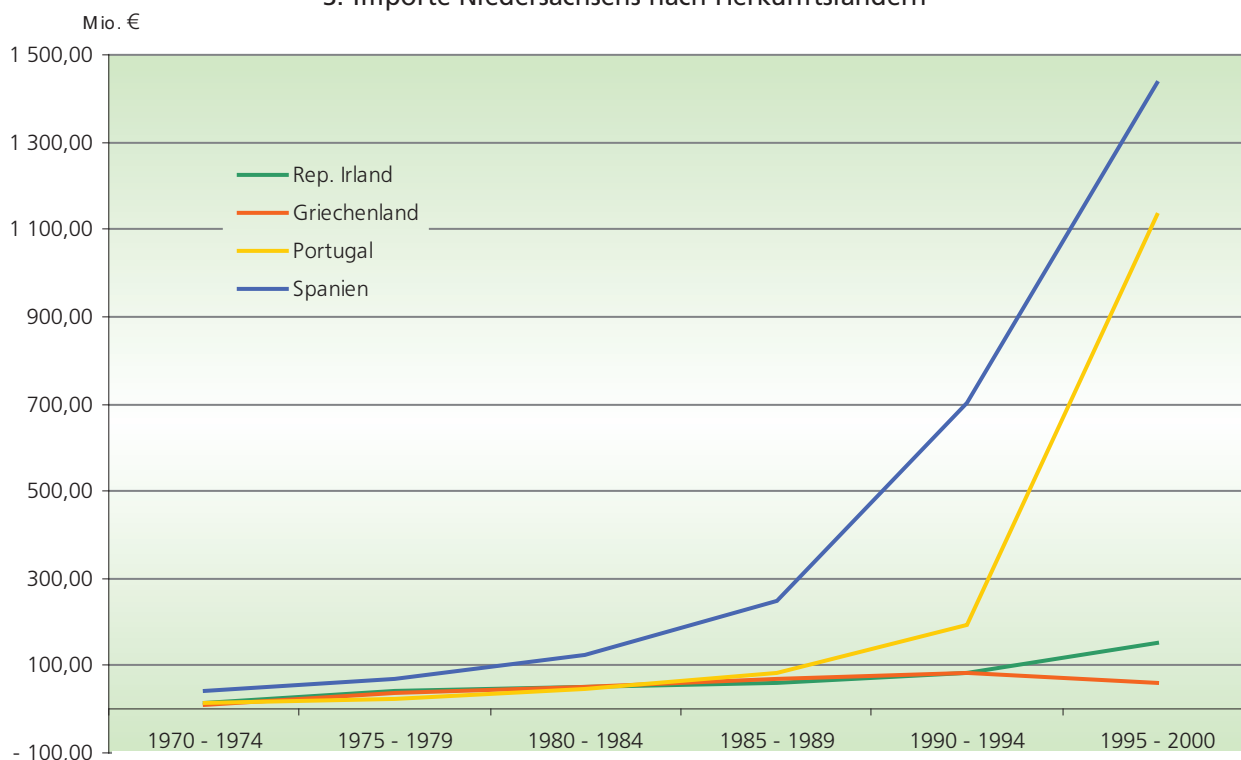
Tabelle 3 und Grafik 3 ⁶⁾ zeigen deutlich, dass Niedersachsen sein Importvolumen aus besagten vier Herkunftsländern seit 1970 erheblich steigern konnte. Auffällig sind dabei in erster Linie die Kurven Spaniens und Portugals, die seit 1986 rapide ansteigen. Das Importvolumen aus Spanien stieg von 213,0 Mio. € auf 1 670,0 Mio. € an (+ 698,3 %); das aus Portugal von 73,9 Mio. € auf 1 511,8 Mio. € (+ 1 944,8 %). Die Steigerungsrate der

3. Importe Niedersachsens in Mio. Euro

Durchschnitt der Jahre	Irland	Griechenland	Portugal	Spanien
1960 - 1964
1965 - 1969
1970 - 1974	13,83	9,46	13,32	44,00
1975 - 1979	43,95	35,90	23,37	69,67
1980 - 1984	51,17	50,99	45,25	125,04
1985 - 1989	61,14	70,78	82,57	247,00
1990 - 1994	83,91	83,17	192,40	702,18
1995 - 2000	151,92	61,94	1 135,52	1 434,81

⁶⁾ Um die Entwicklung deutlicher darstellen zu können und um Zufälligkeiten zu minimieren, wurde der Durchschnitt aus den Werten von je 5 Jahren abgebildet. Die Werte für den Export und Import wurden nachträglich von DM auf Euro umgerechnet; die Veränderungsrate, auf die es hier vor allem ankommt, wurden auf Basis der Originalwerte ermittelt. Differenzen zwischen den Basisdaten (in Euro) und den Veränderungsrate resultieren aus Rundungen.

3. Importe Niedersachsens nach Herkunftsländern



Importe aus der Republik Irland ist mit 974,5 % zwar ebenfalls imposant, die Steigerung vollzog sich aber auf Basis eines insgesamt sehr niedrigen Volumens. Es konnte immerhin von 17,8 Mio. DM im Jahr 1973 auf 191,7 Mio. DM im Jahr 2000 erhöht werden. Negativ fallen die Einfuhrzahlen aus Griechenland auf. Diese wurden seit 1981 zwar von 48,3 Mio. € auf 61,6 Mio. € (+ 27,5 %) gesteigert, doch wurde der bisherige Höhepunkt 1992 mit 90,8 Mio. DM erreicht, so dass jetzt also wieder ein Rückgang stattfindet.

Bei den Exporten (Tabelle 4 und Grafik 4) stellt sich die Lage ähnlich dar. Auch hier ist das Volumen der Ausfuhren in alle vier Zielländer stark gestiegen. Vor allem Spanien ragt als Zielgebiet heraus. War das Volumen 1984 schon einmal beträchtlich angestiegen, setzte sich diese Entwicklung seit der Aufnahme in die EU verstärkt fort. Den 790,2 Mio. € aus dem Jahr 1986 stehen 2 629,5 Mio. € im Jahr 2000 gegenüber. Dies entspricht einer Steigerung von 232,8 %. An zweiter Position befindet sich erneut Portugal. Auch hier ist schon vor dem Beitritt 1986 ein Anstieg eingetreten, der seither noch an Geschwindigkeit zunimmt. Das Exportvolumen nach Portugal stieg seit 1986 von 96,1 Mio. € auf 720,6 Mio. € (+ 650 %) im Jahr 2000. Die Ausfuhren nach Irland weisen die höchste Zuwachsrate (+ 813,4 %) auf, haben jedoch kein erhebliches Volumen. Sie beliefen sich 1973 auf 34,3 Mio. €, 2000 auf 312,9 Mio. €. Schlusslicht ist wieder die Ausfuhrentwicklung nach Griechenland. Ob-

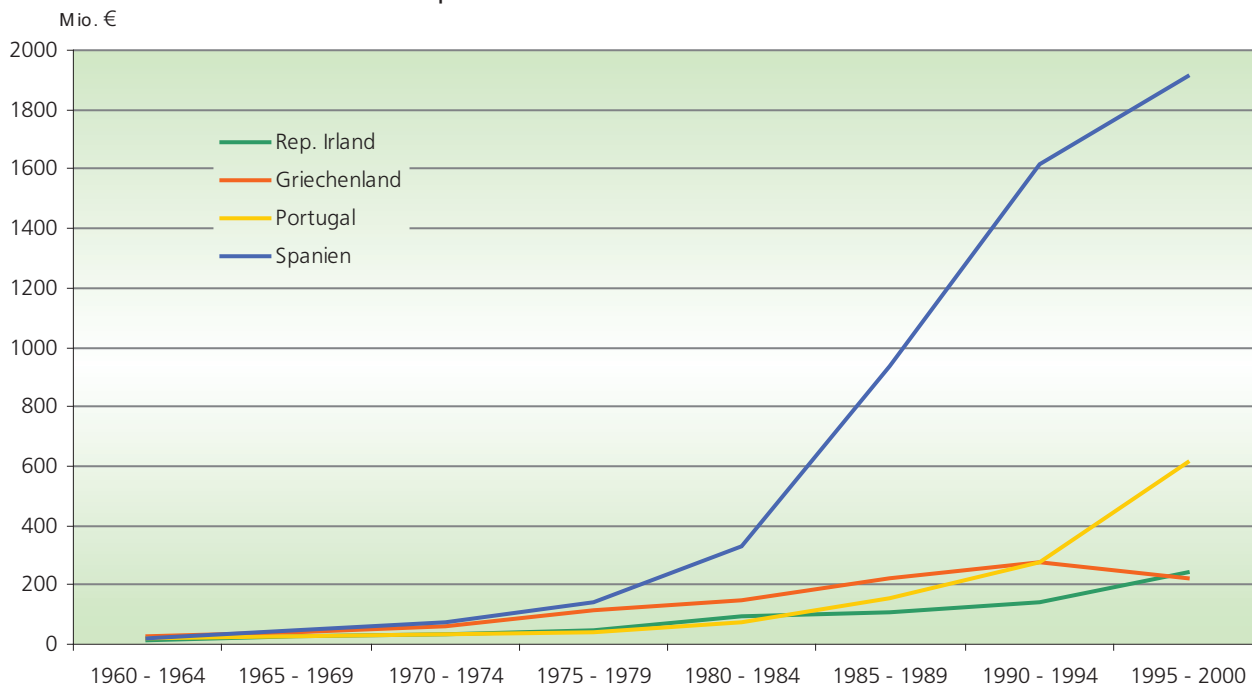
wohl diese seit dem Beitrittszeitraum höher ausfällt als vorher, entsprechen 190,2 Mio. € 1981 und 277,9 Mio. € 2000 „nur“ einer Steigerung von 46,1 %. Und wie schon bei den Importen ist auch hier ein leichter Knick im Jahr 1992 festzustellen, als Ausfuhren im Wert von 453,1 Mio. € stattfanden.

Für Niedersachsen und seine Bürger sind diese Zahlen ausgesprochen positiv, da ein hohes bzw. steigendes Außenhandelsvolumen hier zur Sicherung von Arbeitsplätzen entscheidend beiträgt. Der Anstieg der Importe trug außerdem dazu bei, das Warenangebot für die Verbraucher qualitativ und quantitativ deutlich zu verbessern.

4. Exporte Niedersachsens in Mio. Euro

Durchschnitt der Jahre	Irland	Griechenland	Portugal	Spanien
1960 - 1964	15,31	24,86	19,92	23,20
1965 - 1969	25,02	41,28	29,41	46,60
1970 - 1974	34,27	60,47	36,24	72,07
1975 - 1979	46,64	116,70	37,28	138,89
1980 - 1984	97,46	148,41	76,47	328,70
1985 - 1989	105,47	221,57	153,66	937,38
1990 - 1994	141,55	274,45	275,37	1 615,17
1995 - 2000	240,54	221,53	610,11	1 909,49

4. Exporte Niedersachsens nach Zielländern



Infobox

Griechenland

Hauptstadt: Athen

Fläche: 132 000 km²

Einwohner (1999): 10,522 Mio. (= 80 E. je km²)

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu Preisen und Wechselkursen von 1995 (2000): 10 040 €

Arbeitslosenquote (1999): 11,6 %

EU-Mitglied seit: 01.01.1981

Jüngste Geschichte:

- 1945 UNO-Mitgliedschaft
- 1945 bis 1949 Bürgerkrieg
- 1952 NATO-Mitgliedschaft
- 1962 Assoziierungsvertrag mit der EWG
- 1967 Militärputsch und Errichtung einer Diktatur
- 1973 Ausrufung der Republik durch die Putschisten und erneuter Putsch anderer Generäle
- 1974 Misslungener Putschversuch auf Zypern hat dort den Einmarsch der Türken und in Griechenland schließlich den Zusammenbruch des Militärregimes zur Folge; Abschaffung der Monarchie



Wanderungen

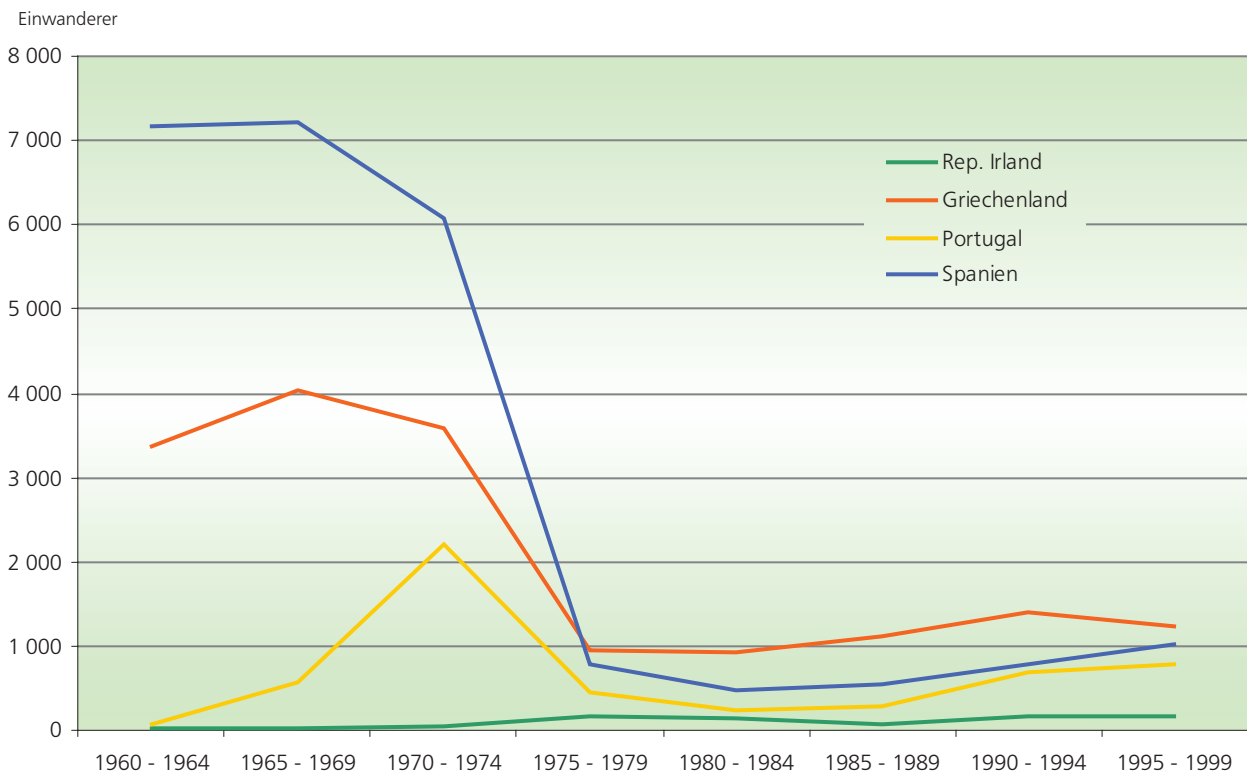
Zentrales Problem für die Akzeptanz der Osterweiterung ist und bleibt jedoch die eingangs beschriebene Angst vor großen Einwanderungsströmen und den Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme. Daher sind auf Basis der niedersächsischen Ergebnisse der Wanderungsstatistik ⁷⁾ die Entwicklung der Zu- und Fortzüge zu untersuchen.

Wie Grafik 5 ⁸⁾ zeigt, ist die durchschnittliche Einwanderung aus Irland, Griechenland, Portugal und Spanien im Zeitraum 1960 bis 1999 stark zurückgegangen. Ein erster Knick ist bei Spanien, Portugal und Griechenland um 1974/1975 zu verzeichnen. Dieser Einbruch steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem 1973 erlassenen Anwerbestopp für Gastarbeiter, da es sich bei diesen drei Ländern um klassische Gastarbeiterländer handelt. Die Talsohle der spanischen Einwanderung wurde 1983 mit 374 Menschen erreicht. Im Beitrittsjahr 1986 lag die Zahl mit 536 schon wieder deutlich höher und ist bis 1999 konti-

⁷⁾ Vgl. Niedersächsisches Landesamt für Statistik (Hrsg.), Wanderungen (Statistische Berichte Niedersachsen, A III 1 - j, A III 2 - j), Hannover 1960 bis 2000.

⁸⁾ Vgl. Fußnote 6.

5. Durchschnittliche Einwanderung nach Niedersachsen nach Herkunftsland

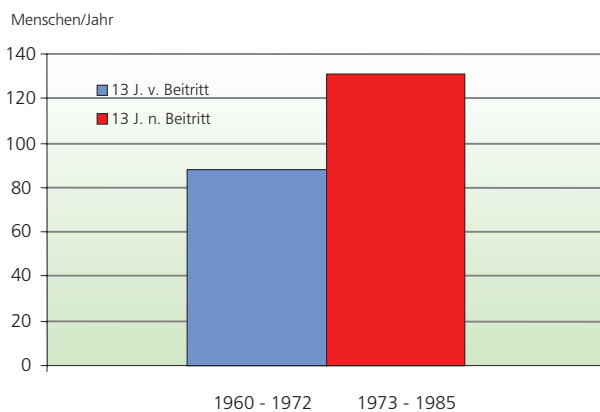


nuierlich auf 1 156 angewachsen (+ 115,7 %). Die Zahl der portugiesischen und griechischen Einwanderer entwickelte sich sehr ähnlich. Beide erreichten 1984 ihren Tiefpunkt mit 151 bzw. 592 einwandernden Menschen. Griechenland war zu diesem Zeitpunkt bereits der EU beigetreten, Portugal stand kurz davor. Die Zahl der griechischen Einwanderer stieg in der Folgezeit wieder allmählich an, erreichte zwischen 1988 und 1991 ihre Spitze (circa 1 700) und fiel bis 1999 auf 1 275 ab. Im Fall der Portugiesen stellte sich gleich nach der Aufnahme in die EU ein deutlicher Anstieg ein (+ 363 % auf 713), der von 1991 bis 1999 weniger steil weiterging (+ 24,4 %). Die Republik Irland fällt in diesem Zusammenhang etwas aus dem Rahmen. Nach der Aufnahme in die EU ist ein Anstieg der Einwanderung von 75 (1973) auf 208 (1978) zu verzeichnen (+ 177,3 %). Mit Ausnahme eines leichten Rückgangs in den 80er Jahren und den Jahren 1997, 1998 und 1999 blieb die Zahl der Einwanderer dann weitgehend konstant.

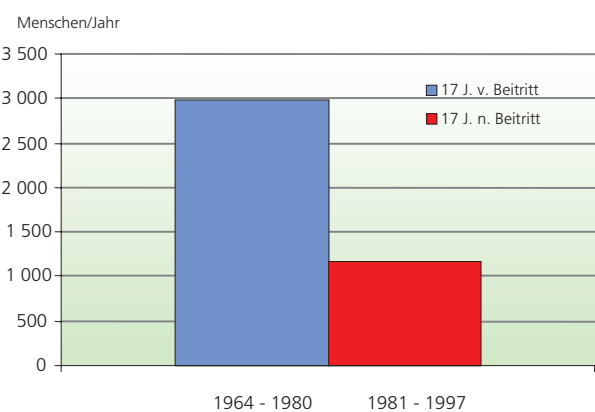
Obgleich die durchschnittliche Zahl der Einwanderer nach dem jeweiligen EU-Beitritt im Vergleich zur Hochphase der Anwerbung von Gastarbeitern sehr gering ist, zeichnet sich insgesamt doch ab, dass die Mitgliedschaft in der EU und die damit verbundene Freizügigkeit die Einwanderung aus den vier Staaten nach Niedersachsen geringfügig befördert hat. Der Effekt war aber nicht stark und längst nicht so wirksam, wie es z.B. die Anwerbepolitik der sechziger Jahre war. Die Grafik 6 stellt für jedes der vier Länder getrennt dar, wie viel Personen in einem längeren Zeitraum vor und nach dem EU-Beitritt aus diesen Staaten nach Niedersachsen kamen. Resultat: Nur bei Irland, das durch den EU-Beitritt aus der Peripherie heraustrat und erstmals intensivere Beziehungen mit dem „Kontinent“ aufnahm, liegt die durchschnittliche jährliche Zuwanderung *nach* dem Beitritt höher als *vor* dem Beitritt. Bei Griechenland, Portugal und Spanien ist es umgekehrt: Nach dem Beitritt kamen deutlich weniger Menschen als vorher.

6. Durchschnittliche Einwanderung nach Niedersachsen ...

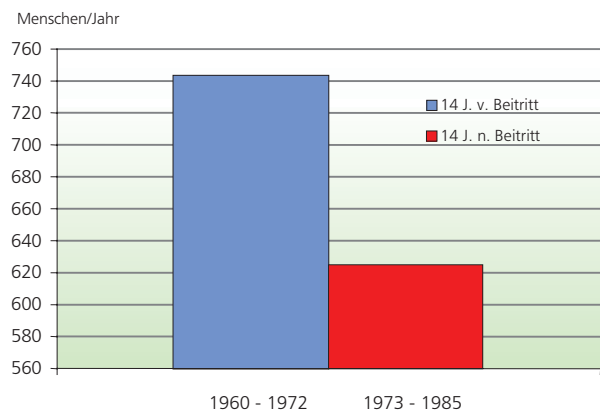
... aus der Republik Irland
vor und nach deren EU-Beitritt



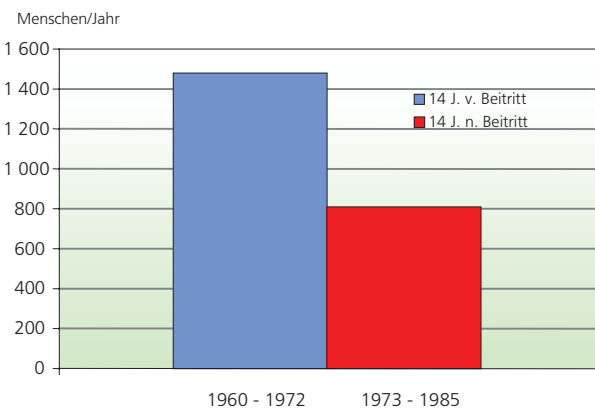
... aus Griechenland
vor und nach dessen EU-Beitritt



... aus Portugal
vor und nach dessen EU-Beitritt



... aus Spanien
vor und nach dessen EU-Beitritt



Infobox

Portugal

Hauptstadt: Lissabon

Fläche: 92 000 km²

Einwohner (1999): 9,980 Mio. (= 109 E. je km²)

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu Preisen und Wechselkursen von 1995 (2000): 9 803 €

Arbeitslosenquote (1999): 4,5 %

EU-Mitglied seit: 01.01.1986

Jüngste Geschichte:

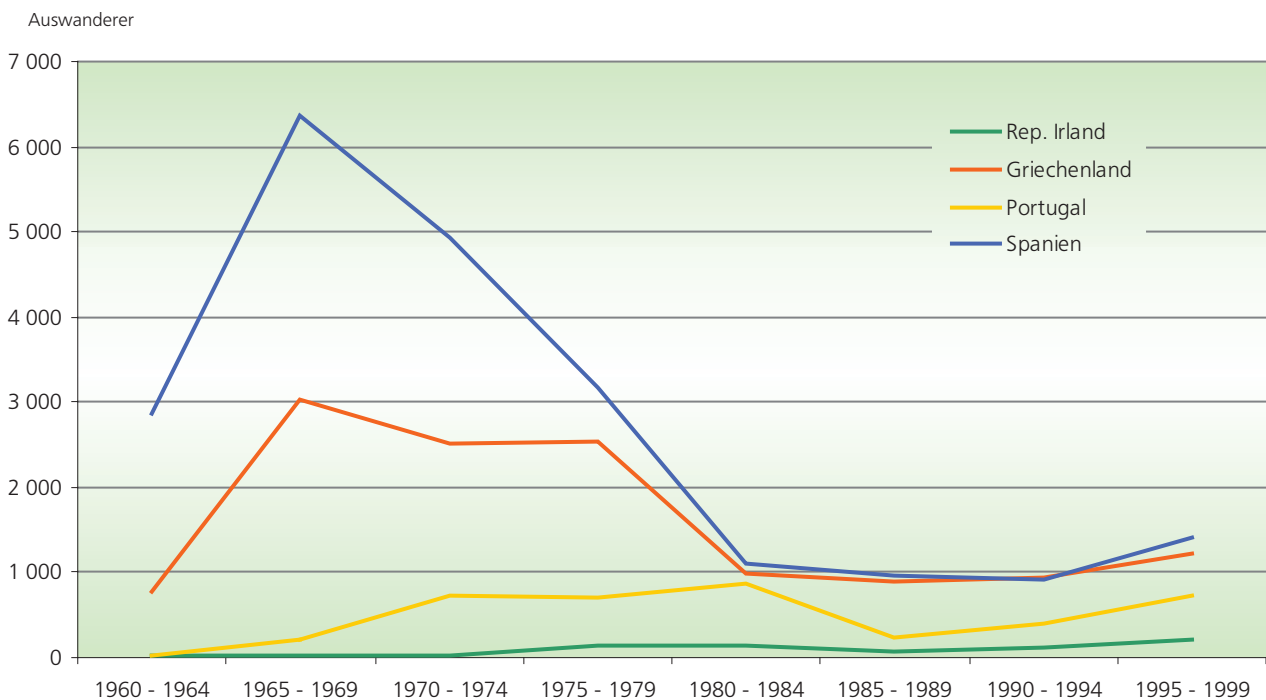
- 1926 Militärregierung und wenig später -diktatur
- 1960 wirtschaftliche Stagnation und Rebellion in den Kolonien
- 1974 Junta der „National Salvation“
- 1974 bis 1975 Verlust eines Großteils der Kolonien (insb. in Afrika)
- 1975 nach versuchter Revolte wurde die Junta durch ein „Supreme Revolutionary Council“ abgelöst
- 1976 verfassungsgemäßes Regieren wieder aufgenommen
- 1982 Endgültiger Übergang zu ziviler Regierung, als in einer Verfassungsänderung die Macht des Präsidenten eingeschränkt wird



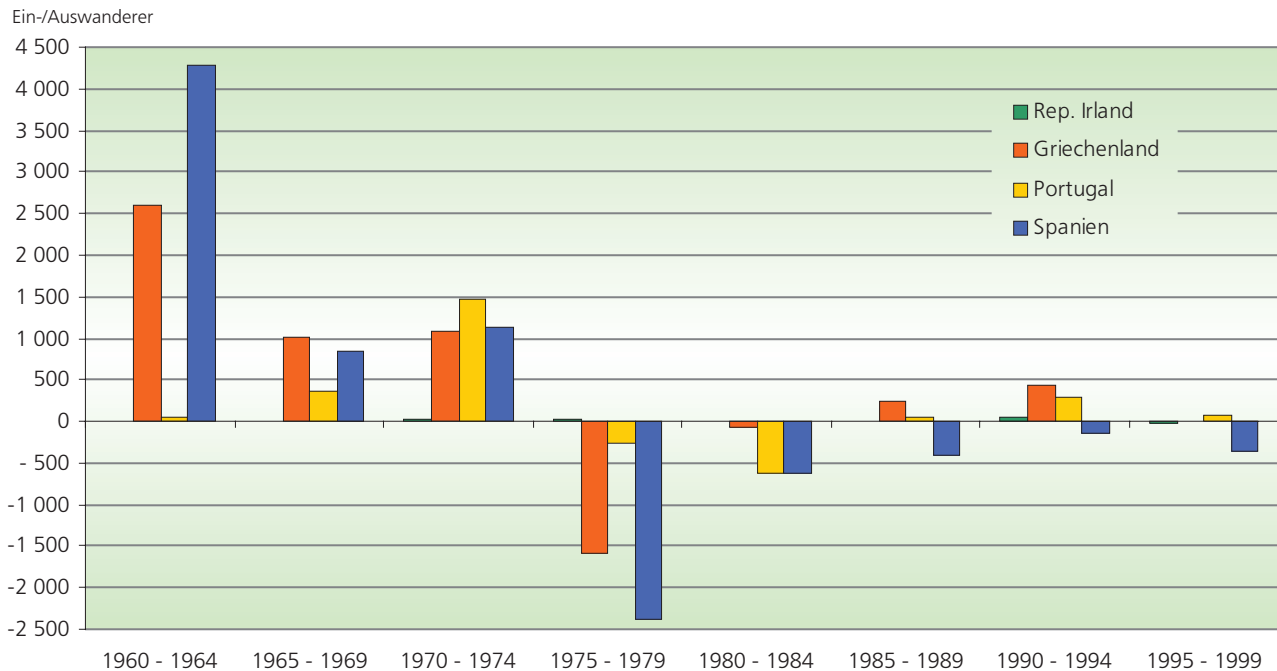
Um ein vollständiges Bild zu erhalten, empfiehlt es sich, auch die Auswanderung in die genannten Länder sowie den Wanderungssaldo im Auge zu behalten. Grafik 7 zeigt für die Zeit zwischen 1966/1967 und dem Anfang der 80er Jahre einen starken Rückgang der Auswanderung nach Spanien und Griechenland. Die verringerte Immigration aufgrund des Anwerbestopps und anderer politischer Maßnahmen verursachte auch eine verringerte Emigration. Nach Irland und Portugal stiegen die Auswanderungszahlen im selben Zeitraum leicht an, aber von einem niedrigen Niveau ausgehend. Seit Mitte der achtziger Jahre steigen die Auswanderungszahlen für alle vier Länder leicht an, ähnlich wie die Einwanderungszahlen seit diesem Zeitpunkt leicht steigen.

Die Grafik 8 zeigt den Saldo aus Zu- und Fortzügen, und zwar wiederum den durchschnittlichen Wanderungssaldo innerhalb von Fünfjahreszeiträumen. Auf einen Blick sind durch hohe positive Salden die Folgen der „Pull“-Faktoren in den sechziger und siebziger Jahren zu erkennen: Hohe Negativ-Salden der späten siebziger und frühen achtziger Jahre lösen diese ab. Seitdem verläuft die Entwicklung völlig unspektakulär. Alles in allem verlassen derzeit mehr Menschen das Land Niedersachsen in Richtung Spanien, Portugal, Irland und Griechenland, als Menschen aus diesen Ländern zuziehen. Das gilt vor allem für Spanier.

7. Durchschnittliche Auswanderung aus Niedersachsen nach Zielland



8. Durchschnittlicher Wanderungssaldo Niedersachsens nach Herkunfts-/Zielland



Auch wenn man nicht von einem Kausalzusammenhang zwischen dem jeweiligen EU-Beitrittsjahr und dem Anstieg der Auswanderung sprechen kann, liegt doch eines auf der Hand: Immigration und Emigration nach bzw. aus Niedersachsen in die vier Staaten ist durch den EU-Beitritt erleichtert worden. Die Freizügigkeit der Menschen im vereinten Europa war und ist ja auch erklärtes Ziel des Einigungsprozesses. Der EU-Beitritt von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien hat aber nicht zu unkontrollierten Wanderungsbewegungen geführt, sondern zu einem völlig unspektakulären Stück europäischer Normalität und Freizügigkeit.

Fazit

Festzuhalten bleibt, dass die Wirtschaftskraft in Irland, Griechenland, Portugal und Spanien seit deren Aufnahme in die Gemeinschaft eine deutliche Steigerung erfahren hat. Dieser Umstand mindert natürlich die wirtschaftlichen Anreize, nach Deutschland zu ziehen. Ein „Pull“-Faktor der Einwanderung nach Deutschland wird also geringer. Aber auch Deutschland und insbesondere wie hier gezeigt Niedersachsen profitieren von den Neumitgliedern: Das gesamte niedersächsische Außenhandelsvolumen, d.h. sowohl Import als auch Export, hat sich stark vergrößert, wodurch hierzulande Arbeitsplätze gesichert werden und die Produktvielfalt sowie -qualität erhöht wird.

Im Bereich der Wanderung ergibt sich ein zunächst mehrdeutiges Bild. Nach dem Einbruch der Einwanderungszahlen Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre, dessen Ursache zum einen im Anwerbestopp, zum anderen in der Abnahme der Familienzusammenführungen zu finden ist, hat die EU-Mitgliedschaft den Wiederanstieg der Einwanderung von Menschen aus besagten vier Ländern gefördert, wobei der durchschnittliche Zuzug aus den drei klassischen Gastarbeiterländern im Nachbeitrittszeitraum sehr viel geringer ausfällt als in der vergleichbaren Spanne davor. Die Mitgliedschaft hat zugleich auch die Auswanderung erleichtert – sowohl von Ausländern in ihr Herkunftsland als auch von Deutschen ins Ausland. Die Mobilität der Menschen ist insgesamt gestiegen.

Wie aber stehen die Chancen, dass sich die neuen Beitrittskandidaten ähnlich gut entwickeln wie Irland, Griechenland, Portugal und Spanien bzw. eine Bereicherung darstellen? Die Tabelle 5, die vollständig auf Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union beruht, bringt hierzu einige Fakten.

Anlass zur Sorge geben sicherlich die Arbeitslosenquoten (Quelle: Arbeitskräftestichprobe) in einigen dieser Kandidatenländer. Diese lag im Jahr 2000 in Polen bei 16,3 %, in Estland 13,2 %, in der Tschechischen Republik bei 8,8 % und in der Slowakei sogar bei 19,1 %. Andere der Kandidaten, z.B. Ungarn (6,6 %), wiesen aber andererseits günstigere Werte auf als Deutschland (8,1 %) bzw. Niedersachsen (7,6 %).

5. Eckdaten der Beitrittskandidaten

Land	Einwohner 1999	Fläche	Bevölke- rungsdichte (Einwohner je km ²)	Brutto- inlands- produkt 2000	BIP 2000 je Einwohner	Wirtschafts- wachstum (real) 2000	Wirtschafts- wachstum (real) 2001 ¹⁾	Arbeitslosen- quote 2000
	1 000	km ²	Anzahl	Mrd. €	€	%		
Bulgarien	8 211	110 910	74	13,0	1 600	5,8	4,5	18,6
Estland	1 442	43 431	33	5,5	3 800	6,9	5,8	13,2
Lettland	2 432	64 589	38	7,7	3 300	6,6	8,2	15,6
Litauen	3 700	65 300	57	12,2	3 300	3,3	4,4	14,1
Malta	388	316	74	3,9	9 900	5,0	2,1	5,3 ²⁾
Polen	38 654	312 685	124	171,0	4 400	4,0	2,3	16,3
Rumänien	22 458	238 391	94	40,0	1 800	1,6	4,8	7,0
Slowakei	5 395	49 035	110	20,9	3 900	2,2	3,0	19,1
Slowenien	1 986	20 273	96	19,5	9 800	4,6	3,1	6,9
Tschechische Republik	10 283	78 860	131	55,0	5 200	2,9	3,8	8,8
Türkei	64 330	779 452	81	217,4	3 200	7,2	- 1,9	7,6 ²⁾
Ungarn	10 068	93 029	108	49,5	4 900	5,2	4,4	6,6
Zypern	667	5 896	113	9,5	14 200	4,8	.	3,6 ²⁾
Niedersachsen	7 899	47 614	166	176,8	22 309	2,1	0,5	7,6
Deutschland	82 163	357 020	230	2 032,9	24 721	2,6	1,0	8,1
Europäische Union	376 455	3 156 000	119	8 509,1	22 520	3,3	2,5	8,4

¹⁾ Beitrittsländer: 1. Quartal 2001; EU, Nds., Deutschland: 1. Halbjahr 2001. - ²⁾ 1999. - Arbeitslosenquote 4/2000 lt. Arbeitskräftestichprobe.

Quellen: Eurostat-Jahrbuch 2001; StBA, Statistisches Jahrbuch für das Ausland 2001; Statistik kurzgefasst Thema 2, 24, 28 und 35/2001.

Infobox

Spanien

Hauptstadt: Madrid

Fläche: 505 000 km²

Einwohner (1999): 39,394 Mio. (= 78 E. je km²)

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu Preisen und Wechselkursen von 1995 (2000): 13 649 €

Arbeitslosenquote (1999): 15,9 %

EU-Mitglied seit: 01.01.1986

Jüngste Geschichte:

- 1939 General Francisco Franco wird nach einem Putsch Staatschef
- 1947 bis 1969 Thron der nominell noch bestehenden Monarchie vakant bis Juan Carlos I. mit Zustimmung Francos als zukünftiger Nachfolger bestimmt wird
- 1975 Tod Francos und Königsproklamation Juan Carlos' I.
- 1977 bis 1978 freie Wahlen und Verabschiedung einer neuen Verfassung durch das aus zwei Kammern bestehende Parlament
- Fortwährende Terroranschläge durch die baskische Separatistenorganisation ETA



Im Jahr 1999 gab es in Estland und in der Tschechischen Republik Rückgänge des Bruttoinlandsprodukts, andererseits aber auch positive Signale: Immerhin war 1999 in Polen, Slowenien, Ungarn und Zypern ein reales Wachsen des Bruttoinlandsproduktes um 4 bis 5 % sowie ähnliche Werte für die Jahre zuvor festzustellen ⁹⁾. Im Jahr 2000 waren, bis auf die Türkei, die Wachstumsraten sämtlicher Beitrittskandidaten deutlich höher als die Deutschlands bzw. Niedersachsens, und auch in Estland (+ 5,8 %) und Tschechien (+ 3,8 %) folgte dem Rückschlag des Jahres 1999 ein erhebliches Wachstum in 2000.

Der Indikator „BIP je Einwohner“ gibt Auskunft darüber, wie groß der Abstand zwischen den Beitrittskandidaten und Niedersachsen bzw. Deutschland – und damit das Wohlstandsgefälle, das „Pull“-Faktoren auslösen kann – ist. Zur Erinnerung und zum Vergleich: Portugals Wert lag 1970 bei 23,5 % des deutschen Durchschnitts. Polen, unter den aussichtsreichen Bewerberländern das größte und wichtigste, erreichte 2000 17,8 %; der Abstand verringerte sich im Vergleich zu den Vorjahren. Ungarn erreichte 19,8 %; die südöstlichen Länder Malta, Slowenien und Zypern weisen deutlich bessere Werte als seinerzeit Portugal auf. Andererseits sind die Werte z.B. für Bulgarien (6,5 %) und Rumänien (7,3 %) doch sehr niedrig.

⁹⁾ Vgl. Eurostat (Hrsg.): Eurostat Jahrbuch 2001. Der statistische Wegweiser durch Europa. Daten aus den Jahren 1989 bis 1999, S. 490.

Der seinerzeitige Beitritt von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien war der Beginn einer Erfolgsstory – für diese Länder selbst, aber auch für Deutschland im allgemeinen und Niedersachsen im besonderen. Diese Erfolgsgeschichte kann sich wiederholen, wenn sichergestellt ist, dass die Beitrittskriterien – Achtung der Men-

schenrechte, stabile Demokratie, leistungsfähige Wirtschaft, Anpassung an die EU-Normen – eingehalten werden. Dass auch die leistungsstärkeren der derzeitigen Kandidaten dabei Hilfe benötigen, versteht sich von selbst. Diese Hilfe ist nicht Ausdruck von „Caritas“, sondern erfolgt aus wohlverstandener Eigeninteresse der Menschen im Lande.

Jessica Huter
Studentin der Geschichte und Politischen
Wissenschaft an der Universität Hannover
E-mail: huter@gmx.de



Lothar Eichhorn
Tel.: 05 11 / 98 98 -16 16
E-mail:
Lothar.Eichhorn@nls.niedersachsen.de



Zusammenfassung:

Die Beitritte von vier strukturschwachen Ländern in die EU haben zu einem Wachstumsschub dieser Staaten sowie zu einer Intensivierung des Außenhandels mit diesen Ländern geführt. Befürchtungen, es könnten starke Immigrationenschübe einsetzen, haben sich nicht bewahrheitet. Die Freizügigkeit führte nicht zu mehr Zuwanderung, sondern zu mehr Normalität.